

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 73. Sitzung

am Donnerstag, dem 18. September 2014, 9:00 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Lars Winter (SPD)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. v. Rasmus Andresen

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Sachstandsbericht zum Programm KoPers	4
Berichte der Landesregierung Umdrucke 18/3151, 18/3242	
2. Bericht der Investitionsbank Schleswig-Holstein 2013	8
Drucksache 18/2185	
3. Information/Kenntnisnahme	9
Umdruck 18/3240 - IT-Management	
4. Verschiedenes	10

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 9:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Sachstandsbericht zum Programm KoPers

Berichte der Landesregierung

[Umdrucke 18/3151](#), [18/3242](#)

Herr Dr. Büchmann, Beauftragter der Landesregierung für Zentrale IT-, Organisations- und Personalentwicklung, und Herr Höhn, Programmmanager KoPers, berichten über den aktuellen Sachstand des Projekts KoPers ([Umdruck 18/3242](#) und Anlage). Probleme bei der Abrechnung bänden Ressourcen und führten zu weiteren zeitlichen Verschiebungen. Wegen erheblich geringerer Einspareffekte als erwartet und einer Verlängerung der Projektlaufzeit komme man zu einer anderen Wirtschaftlichkeitsbetrachtung. Jeder zusätzliche Projektmonat koste das Land rund 1 Million € Dennoch sei man nach wie vor davon überzeugt, dass trotz der Anlaufschwierigkeiten eine tragfähige Konstruktion entwickelt worden sei, die Software von P&I laufen und KoPers letztlich zu einer wesentlichen Qualitätsverbesserung, vereinfachten Steuerung und Kosteneinsparung führen werde.

Herr Dr. Eggeling, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, bezeichnet es als „Tauerspiel“, dass die Landesregierung nach einer Projektlaufzeit von sechs Jahren die Frage nicht beantworten könne, ob sichergestellt sei, dass die Landesbediensteten 2015 ihre Personalbezüge und Besoldungen fristgerecht und unter Berücksichtigung aller gesetzlichen und tariflichen Änderungen ausbezahlt bekämen. Aus Sicht des Landesrechnungshofs werfe der aktuelle Sachstandsbericht vorrangig folgende Fragen auf, die die Landesregierung und Dataport bis Ende Oktober 2014 beantworten müssten:

Altverfahren PERMIS und PERLE

Dataport habe bisher erklärt, den Verfahrensbetrieb nicht über den 31. Dezember 2014 hinaus gewährleisten zu können. Die notwendige technische Ausstattung und die Fachexperten stünden zum Teil nicht mehr zur Verfügung.

PERMIS-A

Könne Dataport den Verfahrensbetrieb PERMIS-Abrechnung bis in das Jahr 2016 hinein sicherstellen? Könnten die gesetzlichen Änderungen zum Jahreswechsel 2015 und 2016 sowohl

zum Steuer- als auch zum Sozialversicherungsrecht berücksichtigt werden? Wäre weiterhin eine vollmaschinelle Abrechnung aller Personalbezüge gewährleistet? Führe gegebenenfalls der Abzug von Personalressourcen aus dem KoPers-Projekt für die Weiterführung von PERMIS zu weiteren Einführungsverzögerungen bei KoPers? Welche Mehrkosten entstünden für die Weiterführung des Altverfahrens PERMIS-A?

PERMIS-V

Könne Dataport den Betrieb PERMIS-Verwaltung bis zum Ende 2017 gewährleisten? Stehe die notwendige technische Infrastruktur ausreichend zur Verfügung, oder sei bereits zu einem früheren Zeitpunkt eine Datenüberleitung beziehungsweise Datensicherung der vorhandenen Personalverwaltungsdaten unumgänglich? Welche Mehrkosten würden für eine vorgezogene Datenüberleitung beziehungsweise für eine Datensicherung PERMIS-Verwaltung entstehen? Führe der Einsatz von Personalressourcen bei Dataport für die Weiterführung von PERMIS-Verwaltung zu weiteren Einführungsverzögerungen im Projekt KoPers?

PERLE

Könne Dataport den Betrieb Lehrpersonalverwaltung PERLE bis mindestens Ende 2016/Anfang 2017 sicherstellen? Welche Mehrkosten entstünden? Führe der Einsatz der Dataport-Personalressourcen für den PERLE-Weiterbetrieb zu Einführungsverzögerungen bei KoPers?

Lehrerbewerberverwaltung pbOn

Welche Zusatzkosten entstünden für den weiteren Betrieb des pbOn-Verfahrens bis zur verzögerten Nutzung der Bewerberverwaltung in KoPers? Welche weitere Risikovorsorge hätten Landesregierung und Dataport getroffen, um die Besoldungs- und Bezügeabrechnung für die Landesbediensteten 2015 und 2016 sicherzustellen? Dies gelte insbesondere dann, wenn Dataport die benötigten personellen oder technischen Ressourcen nicht in ausreichendem Maß sicherstellen könne.

Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

Der Landesrechnungshof begrüße, dass endlich die mehrfach angemahnte und angekündigte Fortschreibung der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung nach § 7 LHO vorgelegt werde. Seit wann sei dem Projekt bekannt, dass die der bisherigen Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zugrunde liegenden Zahlen nicht zuträfen? Seien die jetzt genutzten Datenbasen belastbar? Welche Maßnahmen ergreife die Landesregierung, um die Wirtschaftlichkeit des KoPers-Projekts zu verbessern, zum Beispiel Zentralisierung weiterer Personalprozesse und Einbeziehung bislang nicht berücksichtigter Bereiche (beispielsweise Personalverwaltung in Hochschulen)?

Reorganisation

Welche Vorsorge werde beziehungsweise geplant, um gegebenenfalls eine Datensicherung und Weiterverwendung der Personaldaten im Reorganisationsprojekt KoPers für den Fall sicherzustellen, dass PERMIS-Verwaltung vor Ende 2017 abgeschaltet werden müsse?

Der Finanzausschuss bittet die Staatskanzlei, die Fragen des Rechnungshofs schriftlich zu beantworten.

Herr Höhn weist darauf hin, dass Dataport zugesagt habe, den Weiterbetrieb der Altverfahren sicherzustellen, man aber noch auf eine detaillierte Stellungnahme von Dataport warte.

Abg. Koch kritisiert, dass sich die Einführung der neuen Abrechnungssoftware in den Bereichen Besoldung und Entgelt sowie Personalmanagement weiter verzögere und das Projekt damit nicht mehr wirtschaftlich sei. Er möchte wissen, welche Gesamtkosten ursprünglich für KoPers veranschlagt worden seien, welche Kosten für KoPers bis Ende 2014 tatsächlich anfielen und welche Einsparpotenziale erzielt würden.

Herr Höhn macht darauf aufmerksam, dass KoPers in den ersten Jahren als reines IT-Projekt betrieben worden sei. Der Fortschritt des Projekts liege darin, dass das Abrechnungsmodul Versorgung in Betrieb sei. Die Erfahrungen mit dem Produktivbetrieb dieses Moduls flössen in die weitere Zeitplanung ein. Eine stufenweise Einsparung von bis zu 90 Vollzeitäquivalenten sei ein erheblicher Beitrag zur Wirtschaftlichkeit des Projekts, die im Moment tatsächlich nicht gegeben sei. Auch die von Abg. Koch gestellten Fragen werde man schriftlich beantworten.

Abg. Winter fragt, wer für die Verzögerungen verantwortlich sei und damit auch die zusätzlichen Kosten tragen müsste.

Herr Dr. Büchmann setzt sich dafür ein, das Projekt angesichts seiner Komplexität auf dem eingeschlagenen Weg so kostenschonend wie möglich zu Ende zu führen.

Auch Herr Dr. Eggeling spricht sich dafür aus, pragmatische Lösungen und keine gerichtlichen Auseinandersetzungen mit Dataport oder P&I zu suchen, weil es keine belastbare Alternative zu KoPers gebe.

Nach Auffassung von Abg. Harms geht es darum, nach den Versäumnissen der Vergangenheit das Projekt KoPers und das Ziel, das Personalmanagement zu zentralisieren, baldmöglichst umzusetzen.

Der Finanzausschuss nimmt die [Umdrucke 18/3151](#) und 18/3242 zur Kenntnis und das Angebot von Finanzministerin Heinold an, dem Ausschuss das Organisationsgutachten zum Aufbau des Dienstleistungszentrums Personal als nicht öffentlichen Umdruck zur Verfügung zu stellen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht der Investitionsbank Schleswig-Holstein 2013

[Drucksache 18/2185](#)

(überwiesen am 12. September 2014 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss will den Bericht der Investitionsbank Schleswig-Holstein 2013, [Drucksache 18/2185](#), in einer der nächsten Sitzungen mit Vertretern der I-Bank beraten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 18/3240](#) - IT-Management

Der Ausschuss nimmt [Umdruck 18/3240](#) zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

In der nächsten Finanzausschusssitzung, am 29. September 2014, 10 Uhr, beginnen die Haushaltsberatungen. Dann soll auch über den Entwurf der Terminplanung 2015 entschieden werden.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 10:00 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer